

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Amerikas Erbfolgekrieg

Staatskrise? Nein, das Volk vertraut seinen höchsten Richtern

*** Josef Joffe ***

Der 43. Präsident wird der Chef einer Großen Koalition, die dem strukturellen Zwang zur Verständigung unterliegt. Es schlägt die Stunde der Gemäßigten - trotz Rachegeleüsten und Verbitterung.

Was ist mit Amerika los? "Chaos", meldete Newsweek auf seinem Cover und munkelte schon von der "Verfassungskrise". Wie das? Dazu müsste ein offener Kampf um Macht und Vorrang zwischen den drei Gewalten - Exekutive, Parlament, Gerichtsbarkeit - entbrennen; perdu wäre die letzte Instanz, die friedlich und verbindlich entscheiden kann. Nur hat just diese, der Supreme Court, schon wieder das (bislange) letzte Wort gehabt - ein sibyllinisches und langatmiges zwar, aber doch ein zwingendes. Amerikas Verfassungsordnung hält.

Und die Uhr, die am 18. Dezember endgültig angehalten wird, läuft weiter. Dann muss der 43. Präsident gekürt werden, ohne Wenn und Aber. Wer das sein wird, George Bush oder Al Gore, hat das Gericht klugerweise nicht gesagt. Es hat weder die Rechte der Wähler noch der Staaten usurpiert, damit die Verfassung geehrt und die Grenzen des eigenen Machtanspruchs nachgezogen. Was das für die foltergewöhnten Rivalen Bush und Gore bedeutet? Die klarste Antwort hat im Schnellschuss ein Gore-Anwalt gegeben: "Es sieht nicht ermutigend (für uns) aus."

Warum nicht? Weil die "Supremes" nun schon zum zweiten Mal dem allzu Gorefreundlichen Obersten

Gericht von Florida auf die Finger geschlagen haben. Ins Unreine gesprochen, lautet die Botschaft aus dem neugriechischen Tempel zu Washington so: Die Entscheidung geht zurück an das Florida-Gericht. Doch hätten die Richter wider den Gleichheitsgrundsatz der Bundesverfassung gesündigt, also mögen sie die Neuzählung in diesem Sinne überdenken. Schließlich die Message zwischen den Zeilen: Die Uhr läuft ab; eigentlich könnt ihr die verfassungsgemäße Handauszählung nicht mehr schaffen. Musste Gore jetzt nicht aufgeben?

Sibyllinisch oder salomonisch - auf jeden Fall hat sich die Waage erneut zugunsten von George W. geneigt. Folgt nun die Legitimationskrise? Fragen wir das Volk. Seit Madison v. Marbury, der Mutter aller Präzedenzfälle von 1803, haben die Amerikaner Spruch um Spruch als rechtens akzeptiert, was das Oberste Gericht zu verkünden hatte. In den Worten des damaligen Chefrichters John Marshall: "Es ist ohne Wenn und Aber das Vorrecht und die Pflicht der Judikative, zu sagen, was das Gesetz ist."

So sieht es auch das Volk. Zwar meinte eine Mehrheit, dass auch die Olympier in den schwarzen Talaren von ihren "politischen Überzeugungen" beeinflusst seien, aber fast drei Viertel glaubten an eine "faire" Entscheidung. 73 Prozent wollten jedes Verdikt als "legitim akzeptieren". Wem vertraute

das Volk am meisten? Drei Fünftel den Supremes, nicht einmal ein Fünftel den Kollegen von Florida.

Amerika ginge also kaum mit einem Legitimitätsdefizit in das nächste Jahrviert. Und in den Augen der Welt? Unwiderstehlich war der Schadenfreudereflex ob eines Wahldebakels, das an Laurel & Hardy erinnert. Doch möge man auch das Splitter-Balken-Problem im Auge behalten. Denken wir an das hauchdünne Scheitern des Misstrauensantrags gegen Willy Brandt 1972, an den Abgeordneten, der seine Stimme gegen Bares tauschte. Oder, ganz frisch, an den Gipfel von Nizza. Dort ging es auch um Fragen, wie sie seit fünf Wochen die Amerikaner in Atem halten: Wer bestimmt was, welche Stimmen sind "gleicher" als andere? Sarkastisch notiert der Economist: "Würden sich die Franzosen so heftig mit Silicon Valley wie mit Palm Beach beschäftigen, könnten sie Gewinnbringendes fürs eigene Land lernen."

Amerikaner, um im Reich der Klischees zu bleiben, betrachten Probleme unter dem Aspekt der Lösbarkeit. Sie werden ihre archaischen Wahlmaschinen verschrotten und die Wahlleitungen in den einzelnen Bezirken zu entpolitisieren versuchen. Doch werden sich die politischen Probleme, die dieser Nachfolgekrieg hinterlässt, so schnell nicht wegdrücken lassen.

Sie liegen auf der Hand. Das Nachwahl-Duell Bush/Gore war zosuzagen die Peter-Stein-

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Neuaufgabe des Impeachment-Dramas gegen Bill Clinton: endlos und geduldheischend. Hernach hat so mancher Politiker Rache geschworen; diesmal werden die Gelüste noch schwerer zu zügeln sein, weil die Verlierer sich um den gerechten Sieg betrogen fühlen. Freilich darf man von der Wut der Parteigänger nicht auf die unversöhnliche Spaltung des Volkes schließen; das ist der mildernde Umstand. Ohnehin hatte sich der Wähler nur gequält für seinen Kandidaten entschieden. Heute lässt sich der Zustand der Volksseele besser mit Gelassenheit als mit Zorn und Verweigerung beschreiben. Die Ränkeschmiede auf der Linken wie der Rechten müssen - sollten - sich also bremsen. Das Wahlvolk wird sie nicht belohnen, wenn sie ihre Muskeln allzu ungeniert spielen lassen. In knapp zwei Jahren müssen sich das gesamte Unterhaus und ein Drittel des Senats wieder zur Wahl stellen; auch das dient der Ernüchterung.

Die Amerikaner (wie auch der Rest der Welt) dürfen demnach darauf hoffen, dass die Radikalen in beiden Parteien in die Defensive rutschen. Die Imperative der praktischen Politik werden Hochmut und Rachsucht noch weiter dämpfen. Nehmen wir das Oberste Gericht, das in diesen Tagen das Heft in der Hand behielt. Drei Stühle der auf Lebenszeit Erwählten könnten in den nächsten vier Jahren vakant werden. Natürlich will jeder Präsident das Gericht mit den Seinen bestücken. Nur: Das Weiße Haus nominiert, der Senat ratifiziert, und dieser ist mit 50 : 50 genau in der Mitte gespalten. Tiefrote oder

tiefschwarze Gestalten werden also nicht ins Angebot kommen.

Die Stunde der Moderaten schlägt auch anderswo. Obwohl so mancher Europäer wähnt, dass Bush und Gore ideologische Abziehbilder voneinander sind, war die Färbung der Programme seit Jahrzehnten nicht so konträr wie anno 2000. Bush propagierte weniger Staat und weniger Steuern; Gore wollte mehr von beidem und schlug dabei geradezu klassenkämpferische Töne an. Nun kann der 43. Präsident die Hitzköpfe im eigenen Lager mit dem probaten Hinweis ruhig stellen, dass die Machtverhältnisse im Kongress (Patt im Senat, ein dünner Vorsprung der Republikaner im Haus) eben so nicht sind. Die Verständigung, darf man schließen, ist nun so fest verankert wie weiland in der Bonner Großen Koalition 1966 bis 1969. Kurzum: Es herrscht der strukturelle Zwang der Vereinigung, auch wenn es an den Rändern um Feuer und Wasser geht.

Die Außenpolitik? Patt hin, Minimehrheit her - dies ist die Domäne des Weißen Hauses, wenn erst der Senat die Botschafter bestätigt und die Verträge ratifiziert hat. In der Außenpolitik gibt es keine Auszeit, ist doch das Management der Weltpolitik Lust und Bürde der "letzten verbleibenden Supermacht". Nordirland und Nahost, Rüstungskontrolle und Raketenschild, Peking und Pjöngjang, Belgrad und Bagdad sind alles Probleme, die ohne Amerika nicht zu lösen sind. Washington kann sie freilich auch

nicht allein entschärfen. Es braucht Mitstreiter in jeder Arena; es kann diese nur um-, nicht überstimmen, zumal wenn es gegen die Saddams geht. Zusammenarbeit zu organisieren, geschickt zwischen den klassischen amerikanischen Polen der Isolation und Domination zu manövrieren ist das nationale Interesse, das der 43. Präsident verkörpern muss. Amerika wird nicht florieren, wenn es seine Interessen zu eifernd oder zu eigensüchtig verfolgt. Da es diese Reflexe in beiden Parteien gibt, beginnt für jeden Präsidenten die Diplomatie zu Hause.

Die Großen (das gilt auch für das größer gewordene Deutschland) müssen vorweg durch ihr Beispiel und nicht mit dem Knüppel führen. Das ist ihr Schicksal und ihre Chance; wer es als Frischling im Weißen Haus noch nicht weiß, wird es schnell lernen. Wenn es der 43. Präsident schafft, die Nation wieder halbwegs zu einen, wird das Theater um hängende und eingebeulte Lochkartenstanzen bald vergessen sein. Wenn nicht, gilt der chinesische Fluch: "Mögest du in interessanten Zeiten leben."

Aber Staats- oder Verfassungskrise? Das Klügste dazu hat ausgerechnet ein erbitterter Gegner von George Bush gesagt, der Linksausleger Richard Gephardt, der die Demokraten im Senat anführt: "Wir müssen uns stets vor Augen halten, dass der politische Kampf nicht Gewalt ist, sondern sie ersetzt." Das ist der Kern der liberalen Demokratie, in Amerika und überall.